
Geodateninfrastruktur: Aktivitäten der anderen Bundesländer

Baden-Württemberg

Im Rahmen des Verwaltungsreformprojektes „e-Bürgerdienste“ wurde für den Aufbau und die Nutzung von Geoinformationssystemen ein interministerielles Koordinierungsgremium-Geoinformationszentrum (IKG-GIZ) im Geschäftsbereich des Innenministeriums eingerichtet. Darin wirken die Ministerien des Landes, der Landkreistag und der Gemeinde- und Städtebund zusammen, um landesweit grundsätzliche Abstimmungen zur übereinstimmenden Anwendung von grundstücks- oder raumbezogenen Informationssystemen in der Landes- und Kommunalverwaltung vorzunehmen. Dem Gremium obliegt neben der Förderung der Nutzung von Geoinformationssystemen insbesondere die Entwicklung eines Konzepts zum Aufbau einer effizienten Geodateninfrastruktur.

Nähere Informationen unter: <http://www.verwaltungsreform-bw.de>

Bayern

Im Rahmen der eGovernment-Initiative der Bayrischen Staatsregierung (eGovernment-Konzept vom 16.07.2002) verantwortet die Bayerische Vermessungsverwaltung das eGovernment-Projekt „GeodatenOnline“.

Die Bayerische Vermessungsverwaltung hat im Dezember 2003 ihre Aufgaben um den Bereich „GDI-Bayern,, erweitert.

Gremien:

Am 01.01.2004 wurde eine „Geschäftsstelle GDI-BY“ am Bayerischen Landesvermessungsamt eingerichtet.

Brandenburg

Am 23. März 2004 hat die Landesregierung die Erarbeitung der Konzeption zum Aufbau einer Geodaten-Infrastruktur im Land Brandenburg beschlossen. Der Aufbau der Geodaten-Infrastruktur Brandenburg (GIB) wird von folgenden Einheiten getragen:

- **GIB-Komitee,**
- **GIB-Arbeitskreis (GIB-AK),**
- **GIB-Geschäftsstelle und**
- **Special Interest Groups (SIGs)**

Die Ziele der GIB sind in einer gemeinsamen Erklärung

- **der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg,**
- **des Landesamtes für Geowissenschaften und Rohstoffe Brandenburg,**
- **des Landesumweltamtes Brandenburg und**
- **des Gebforschungszentrum Potsdam**

vom September 2001 dargelegt.

Nähere Informationen unter: <http://www.gib-portal.de>

Der Verband der Geoinformationswirtschaft Berlin/Brandenburg e.V. hat das vorrangige Ziel, Angebot, Zugänglichkeit, Qualität und Verwendbarkeit von Geoinformation zu verbessern.

Zweck des Verbands ist die Wahrnehmung und Förderung der allgemeinen und ideellen Ziele, insbesondere die infrastrukturellen Bedingungen der Geoinformationswirtschaft sowie die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung im Zusammenhang mit der Nutzung von Geoinformationen für innovative Dienstleistungen und Produkte.

Nähere Informationen unter: <http://www.geokomm.de>

Bremen

Das Erfordernis, für die Freie Hansestadt Bremen eine Geodateninfrastruktur einzurichten und mit den bundesweiten Entwicklungen zu vernetzen, hat auch der Senat erkannt (vgl. Senatsbeschluss vom 18.09.2001). In Ergänzung zum operativen Geschäft beim künftigen Eigenbetrieb "Geoinformation" richtete er im Ressort Bau und Umwelt ein Zentrales Geodatenmanagement für Bremen ein, dem künftig sowohl die ressort- als auch die landesübergreifende Koordinierung obliegt.

Hamburg

Das Projekt „Geodateninfrastruktur für die Metropolregion (GDI-MRH)“ ist eines der 20 neuen Leit- und Modellprojekte für die Metropolregion Hamburg (27.11.2003). Das Projekt läuft bis 2005.

Projektträger: Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Gemeinsames Projekt von Hamburg, Landkreisen aus Niedersachsen und Kreisen aus Schleswig-Holstein.

Nähere Informationen unter: <http://fhh1.hamburg.de/fhh/mr/index.php>

Der Hamburger Senat hat die Einrichtung einer Geodateninfrastruktur (GDI-HH) als behördenübergreifendes eGovernment-Projekt am 24.06.2003 festgeschrieben.

Die Vorsysteme der GDI-HH „GeoNord“, „GeoInfo.Online“ und „GeoInfo.public“ des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung sind bereits im Einsatz.

Nähere Informationen unter: www.geoinfo.hamburg.de

Hessen

Die Hessische Landesregierung hat das Ziel im Regierungsprogramm formuliert, Hessen im eGovernment in eine Spitzenposition zu bringen.

Vor diesem Hintergrund sind auf politischer Ebene verstärkte Anstrengungen eingeleitet worden, die Nutzungsbedingungen der in zahlreichen verteilten Quellen geführten Geodaten durch Errichtung einer entsprechenden Infrastruktur (Geodateninfrastruktur) zu verbessern.

Für die Verknüpfung bzw. Integration der verschiedenen grundstücksbezogenen Fachdaten der hessischen Landesverwaltung ist ein Konzept erarbeitet worden, dessen Umsetzung als „Errichtung eines Geodatenverbundes“ im Regierungsprogramm deklariert ist.

Die dazu notwendigen standardisierenden Festschreibungen im Sinne einer einheitlichen Architektur sind als strategischer Meilenstein im eGovernment-Masterplan 2003-2008 (www.hessen-egovernment.de) verankert.

In den Geschäftsbereichen des Wirtschaftsministerium und des Umweltministeriums werden mit den Projekten GEOLIKA und GeoBasis bislang dezentral geführte Datenbestände zusammengefasst. Da die beiden Ressorts für den überwiegenden Teil von Geodaten in der Landesverwaltung Verantwortung tragen, ist diese wegweisende Architektur damit auch für andere Ressorts landesweit vorgezeichnet.

Mit den Vertretern dieser beiden Ressorts - ergänzt durch weitere GIS Experten – besteht seit dem 19. April 2004 ein GIS Competence Center (GCC) in Wiesbaden. Dieses GCC bündelt unter der Leitung des Wirtschaftsressorts alle Informationen, Vorhaben und Projekte im GIS Umfeld und berät die Bedarfsträger in der Hessischen Landesverwaltung z.B. bei der Produktauswahl, dem Aufbau der Infrastruktur und dem Aufsetzen von Projekten.

Nähere Informationen unter: www.hessen-egovernment.de

Niedersachsen

Der Niedersächsische Landtag hat in seinem Beschluss zur Nutzung von Geoinformationen vom 11.12.2002 die Landesregierung aufgefordert, den Aufbau der Geodateninfrastruktur Niedersachsen (GDI-NI) voranzutreiben. Die Landesregierung beauftragte das Ministerium des Inneren und Sport mit der Ausführung des Beschlusses.

Seit 01.08.2003 ist im Referat Vermessungs- und Katasterwesen eine Projektgruppe zur ressortübergreifenden GDI-Koordinierung eingerichtet. Darüber hinaus ist in der Vermessungs- und Katasterverwaltung die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Geobasisdaten vorgesehen.

Zur Vorbereitung der Einführung der GDI-NI wurden bisher verschiedene Teilprojekte durchgeführt, u.a. der Aufbau des georeferenzierten Metadatenkataloges (geoMDK®). Im geoMDK® können sich Nutzer von Geodaten kostenfrei über vorhandene Datenbestände informieren. Der geoMDK® soll zu einem umfassenden Metainformationssystem für alle in der Landesverwaltung verfügbaren Geodaten ausgebaut werden.

Nähere Informationen unter: www.geomdk.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Die Initiative Geodateninfrastruktur Nordrhein-Westfalen (GDI NRW) wurde 1999 als Bestandteil des Landesinitiative media NRW, die die Realisierung von Projekten im Bereich Neue Medien und Multimedia fördert, gegründet. Das Projekt „Geodateninfrastruktur“ ist darüber hinaus im Masterplan eGovernment vom 11.03.2003 verankert.

Ein Beschluss der Landesregierung zum Aufbau einer GDI befindet sich in Vorbereitung.

In Form eines Public Private Partnerships (PPP) realisieren das Land Nordrhein-Westfalen, Kommunen, Forschungseinrichtungen, IT-Unternehmen und Nutzer von Geoinformationen eine gemeinsame Geodateninfrastruktur.

Das Center for Geoinformation GmbH (CeGi) stellt gemäß seiner Zielsetzung und strategischen Ausrichtung das zentrale Beratungs- und Koordinierungsorgan für alle Aktivitäten der Initiative GDI NRW dar.

Zielsetzung, Aufgaben, Organisation und Ergebnisse der GDI NRW sind im 'Handbuch der Initiative GDI NRW' zusammengefasst.

Grundlegende Konzepte für die GDI NRW wurden bereits entwickelt (z.B. Architektur, Komponenten). Die operationelle Umsetzung der GDI NRW steht noch aus.

Gremien:

- **GI Komitee Land NRW**
- **GDI NRW Steuerungsgremium**
- **GDI NRW Plenum**
- **CeGi**
- **Special Interest Groups (SIGs)**
- **Task Forces**
- **Testbeds**

Nähere Informationen unter: <http://www.gdi-nrw.org> oder <http://www.cegi.de>

Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem 2002 geänderten Vermessungs- und Katastergesetz Mecklenburg-Vorpommern sind Grundlagen für den Aufbau eines Geodaten-Managements in Mecklenburg-Vorpommern gesetzlich festgeschrieben worden.

Das Landeskabinett hat bereits vorher, am 13. Juni 2000, einen Beschluss zum Geodaten-Management Mecklenburg-Vorpommern gefasst. Auf Grundlage dieses Beschlusses wurde im Jahr 2001 ein interministerieller Ausschuss Geodaten-Management Mecklenburg-Vorpommern (IMA GDM M-V) gegründet und eine Koordinierungsstelle Geoinformationssysteme (KGIS) im Landesvermessungsamt Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Die Federführung im IMA GDM M-V liegt im Innenministerium im Grundsatzreferat der Vermessungs- und Katasterverwaltung. Seit diesem Jahr wirken auch interessierte Stellen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung (d.h. Vertreter Kommunalen Gebietskörperschaften, Universitäten, Fachhochschulen, Unternehmensverbände) im IMA GDM M-V beratend mit. Mittelfristig wird der Zugang zu allen Geodaten des Landes über ein internetbasiertes Geodatenportal angestrebt.

Der Aufbau einer Geodateninfrastruktur ist als potentielles eGovernment-Projekt im Masterplan eGovernment MV vom 22.01.2004 festgeschrieben.

Nähere Informationen unter: http://www.mv-regierung.de/im/pages/vermessung/vk_start.htm

Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung startete 2002 die eGovernment-Initiative "Rheinland-Pfalz 24". Das Projekt „Geobasisdatenserver“ ist Teil dieser Initiative.

Sachsen-Anhalt

Der Aufbau einer Geodateninfrastruktur ist als Modellprojekt „Geodateninfrastruktur LSA“ Bestandteil des eGovernment-Grundkonzeptes des Landes Sachsen-Anhalt.

Der Aufbau der Geodateninfrastruktur in Sachsen-Anhalt muss daher stufenweise und unter Nutzung bereits vorhandener Komponenten sowie in Zusammenarbeit mit den anderen Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder erfolgen.

1. Stufe 2003/2004: u.a. Entwicklung eines Geodatenbereitstellungsdienst für die Daten des Liegenschaftskatasters
2. Stufe ab 2005: u.a. Entwicklung eines Geodatenverknüpfungsdienstes.
3. Stufe ab 2006: u.a. Entwicklung eines Geodatenintegrationsdienstes und Geodatennachrichtendienstes

Nähere Informationen unter: <http://www.sachsen-anhalt.de/rcs/LSA/pub/OS6/fld3f84bxa3h7/mainfld2a7ebni29q/fld0mdy6zweq3/fld3hz8po9dqk/pgz2u24op5yb/index.jsp>

Sachsen

Mit dem eGovernment-Fahrplan für den Freistaat Sachsen (2003) hat das Kabinett die eGovernment-Strategie (2002) in konkrete Schritte umgesetzt.

Der eGovernment-Fahrplan benennt 131 eGovernment-Projekte benennt.

Die Basiskomponenten (z.B. Formularservice, Content Management System, Geodaten) stellen die grundlegenden Technologien und Werkzeuge für die eGovernment-Anwendungen dar. Sie werden zentral durch den Freistaat entwickelt und allen Landesbehörden und Kommunen zur Verfügung gestellt.

Die Entwicklung der Geodateninfrastruktur ist ein integrierter Bestandteil der eGovernment Initiative.

Erste Bausteine einer GDI sind bereits realisiert. Das Metadateninformationssystem für Geodaten in Sachsen (GeoMIS.Sachsen) wird vom Sächsischen Landesvermessungsamt betrieben und weist alle in Sachsen verfügbaren Geodaten nach. Außerdem stellt das Landesvermessungsamt den webbasierten Geodienst „Basiskarte Sachsen“ für den Zugriff auf Geobasisdaten bereit.

Der GDI-Sachsen e. V. wendet sich mit gezielten Aktivitäten an politische und fachliche Entscheidungsträger, Nutzer und Dienstleister im Umfeld von amtlichen und privaten Geodaten, um die Entwicklung einer leistungsfähigen Geodateninfrastruktur in Sachsen zu beschleunigen.

Nähere Informationen unter: <http://www.gdi-sachsen.de/> und <http://www.egovernment.sachsen.de/>

Saarland

keine Informationen gefunden

Schleswig-Holstein

Die Landesregierung hat die Bedeutung der Geodaten und die Notwendigkeit eines effektiven Geodatenmanagements erkannt. Sie hat im Januar 2002 einen Beschluss über ein ressortübergreifendes Geodatenmanagement getroffen.

Dieser Beschluss sieht vor, dass in jedem Ressort eine 'Kopfstelle Geodaten' eingerichtet wird, die das ressortinterne Geodatenmanagement betreibt, also Beschaffung und Verteilung der Daten, Koordinierung, Beratung und Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

unter der Geschäftsführung des Innenministeriums ein ressortübergreifender 'Arbeitskreis Geodaten' gebildet wird, in dem Grundsatzangelegenheiten von fachkompetenten Vertretern

aller Ministerien beraten werden sollen, und dass im Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein eine 'Leitstelle Geodaten' errichtet wird, die einerseits als 'Infostelle' ein Metainformationssystem aufbauen soll und andererseits als 'Service-Stelle' eine

einheitliche Aufbereitung der Geobasisdaten für die gesamte Landesverwaltung vornehmen und in die von den Anwendern geforderten Formate konvertieren soll.

Thüringen

Die Geodateninfrastruktur in Thüringen (GDI-Th) ist ein gemeinsames Projekt der öffentlichen Verwaltung und der privaten Wirtschaft unter Einbeziehung Thüringer Forschungseinrichtungen.

Für die Konzeption und die Umsetzung der GDI-Th als Bestandteil des eGovernment-Konzeptes des Freistaates Thüringen ist das Thüringer Innenministerium verantwortlich.

Für den Betrieb der GDI-Th ist die oberste Landesvermessungsbehörde Thüringens verantwortlich. Zum Betrieb zählen die Einrichtung, Pflege und Weiterentwicklung der GDI-Th sowie alle Geschäfts- und organisatorischen Aufgaben.

Der vollständige – schrittweise - Ausbau der GDI-Th soll bis 2007 erfolgen.

Gremien:

- Erweitertes Interministerielle Koordinierungsgremium – Geoinformationszentrum (IKG-GIZ)
- Interessengemeinschaft Geoinformationssysteme Thüringen (IG GIS-Thüringen)

Nähere Informationen unter: <http://www.thueringen.de/ikg-giz/>